

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei:
Tageblatt Riesa
Fernturm 1287
Postfach Nr. 52

Postredaktion:
Dresden 1530
Girofaz: Riesa Nr. 52

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichtsamtssatzes Riesa zu Großenhain bestimmt Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Nr. 275

Wittwoch, 25. November 1936, abends

89. Jahrg.

Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Aufstellgebühr durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenfeste (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pf., Einzelnummer 15 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die geforderte 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 90 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pf. (Grundchrift: Breit 3 mm hoch). Aufstellgebühr 27 Pf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingefügter Anzeigenentexte oder Probeabdrücke schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 8. Bei Konkurs oder Zwangsvorvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinzufliegen. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtshof ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsräte können nur entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsführer: Riesa, Goethestraße 56.

Unverschämte Beleidigung Deutschlands

Friedens-Nobelpreis an einen Landesverräter verliehen

Das Nobelpreiskomitee des Norwegischen Storting hat den Friedensnobelpreis für 1935 Karl von Ossietzky zugeteilt. Den Friedensnobelpreis für 1936 erhielt der argentinische Außenminister Carlos Saavedra Lamas.

Mit Karl von Ossietzky ist der Friedensnobelpreis zum erstenmal an einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Karl von Ossietzky wurde am 23. November 1931, also in der Zeit der November-Republik, vom 4. Strafgericht des Reichsgerichts wegen Landesverratess zu einer Strafe von ein bis zu einem halb Jahren Gefängnis verurteilt; er trat diese Strafe im Mai 1932 an. Ein Gnadenurteil an den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wurde von diesem abgelehnt. Ossietzky in Weihnachten 1932 auf Grund einer allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt worden. Im Gegenzug zum Sowjetstaat, der jeden politischen Gegner an die Wand stellen lässt, hat sich das nationalsozialistische Deutschland darauf beschränkt, Ossietzky am 28. Februar 1933 in Sicherheitsverwahrung nehmen zu lassen. Ossietzky ist vor längerer Zeit aus dieser Haft entlassen worden und befindet sich in Freiheit.

Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine derart unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland, daß daraus eine entsprechend deutliche Antwort erfolgen wird.

Schärfste Verurteilung im Ausland

Zu der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Landesverräter Karl von Ossietzky liegen noch nicht ausländische Pressestimmen vor. Es kann jedoch schon jetzt gezeigt werden, daß weite Kreise des Auslands die unerhörte Feindseligkeit von Oslo ebenfalls stark ablehnen und die Entrüstung, die ganz Deutschland über diese Provokation empfindet, durchaus teilen.

Der sonderbare Entschluß des Osloer Nobelpreiskomitees hat in weiten Kreisen des schwedischen Volkes starke Befremden hervorgerufen.

Der älteste Nachkomme des Preisstifters, Ingenieur Ludwig Nobel, hat im „Aften Bladet“ eine Erklärung veröffentlicht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

„Das bin vollends derselben Meinung wie der Storting-präsident Hambro, doch es ungünstig ist, wenn der Friedenspreis zu parteipolitischen oder überhaupt zu Zwecken benutzt wird, die Streitigkeiten hervorrufen könnten. Nichts könnte mehr dem Wunsch Alfred Nobels widersprechen, dies geht schon aus dem bloßen Namen des Preises hervor. Ich will mich nicht über die Verleihungsmahl als solche äußern, aber der Preis soll nicht den Zweck haben, Streit zu entfachen. Eine solche Sache ist selbstverständlich.“

Das Blatt nimmt an leitender Stelle unter der Überschrift „Trotz allem — Ossietzky“ eine ähnlich abweilende Stellung zu der Osloer Entscheidung ein. Die Verleihung des Friedenspreises an Ossietzky sei, so heißt es darin, ein lästiges und verächtliches Manöver, das ganz und gar nicht mit dem Zweck des Friedenspreises, entspannend und verjährnd zu wirken, in Einklang steht. Es sei wahrscheinlich nicht die Meinung Nobels gewesen, daß der Friedenspreis dazu benutzt wird, die herrschenden Reibungen hervorzuheben und zu verschärfen.

„Nya dagbladet Almedala“ erklärt: Der Friedenspreis Nobels für Ossietzky ist als eine reine Kundgebung zu betrachten, eine Kundgebung in dem Maß, als sie einen Protest gegen den Nationalsozialismus bezweckt. Das Blatt gibt der Auffassung Ausdruck, daß der Träger des Friedenspreises sicherlich kein welthistorisches Format besitzt. Ihm darum als ein pazifistisches Opfer des kriegerischen Hitler-Regimes zu betrachten, bedeute in hohem Maß eine historische Fälschung“.

Die Abendausgabe der „Berlingske Tidende“ in Kopenhagen schreibt: Wenn das norwegische Nobel-Komitee sich doch entschlossen habe, dem umstrittenen Karl von Ossietzky den Preis zu verleihen, um damit den Hass des ganzen nationalsozialistischen Deutschland hervorzurufen, so sei dies ein Beweis für eine starke Radikalisierung der ganzen Einstellung des Komitees.

Die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den Linkspazifisten Ossietzky hat in Österreich außerstes Begehrden ausgelöst, das sich zum Teil bis zur Entrüstung steigert, da man diese Entscheidung nicht nur als peinlich für das Richterkollegium empfindet, sondern vor allem, weil man darin eine bewußte Kränkung

Schon wieder Verhaftungen von Reichsangehörigen in Sowjetrußland

In Moskau. Nach einer Mitteilung der Agentur des Außenministeriums in Charkov sind am 21. d. M. weitere Reichsangehörige verhaftet worden, nämlich Monsignore Friedrich Nüsbaumer der Bischöflichen Kaiserslautern, Reinhold Schindler aus Neua, beide in Moskau, und Hermann Stamer, Elektro-Monteur, gebürtig und wohnhaft in Charkov.

Der ehemalige Kriegsattaché, Betriebsleiter Heinrich Schöfer aus Tschunkisch (Rostow) wurde am 21. Oktober auf seiner Arbeitsstelle bei Neua ohne Ansatz eines Grades verhaftet. Er befindet sich in Semipolatinsk und war am 11. November noch nicht verhört. Wie verlautet, wird er der „Konterrevolution zugunsten Deutschlands“ beschuldigt.

Die deutsche Botschaft in Moskau ist bemüht, die Fälle aufzuklären.

Täglich neue Verhaftungen von Trotzki

Auch ein Sowjetmarschall und 84 Generalabschaffierte im Untergeschoß.

In Warschau. Der Berichterstatter des DWB hatte Gelegenheit, sich von verschiedenen früheren österreichischen Schwabkämpfern und ehemaligen Kommunisten, die aus der Sowjetunion ausgewiesen wurden und jetzt über Warschau in ihre Heimat zurücktreten, über den Umgang der Verhaftungen der GPU unter der sogenannten Opposition berichten zu lassen. Allein in das Moskauer Untergeschoß, das besonders für politische Gefangene de-

stimmmt ist, werden seit einiger Zeit täglich einige Hundert „Trotzki“ eingeliefert. Nach kurzen Aufenthalt werden die Gefangenen in der Regel für 5 Jahre in die Zwangsarbeitslager verschickt. Die Zahl der politischen Gefangenen, die in diesem Jahre allein durch dieses eine Moskauer Gefängnis gegangen ist, beläuft sich, wie sich auf Grund der Rummern der letzten Gefangenen leicht feststellen läßt, auf etwa 80 000. Unter den in letzter Zeit in das Buntki-Gefängnis eingelieferten „Trotzki“ befindet sich auch einer der höchsten Armeeführer, Marschall Gomérak, der unlängst mit 84 Generalabschaffierten verhaftet wurde.

Die meisten politischen Gefangenen kommen in das sog. Basm-Lager, das an der „Baikal-Amur-Magistrale“ in Sibirien liegt und in dem sich nach den vorliegenden Berichten mindestens 800 000 bis 900 000 politische Gefangene und Verbrecher befinden.

Ein 2. großes Zwangsarbeitslager befindet sich im westlichen des nördlichen Urals gelegenen Tafas mit der Zentrale Tschibin an der Bietshura. In diesem Lager, in dem im vorigen Winter bis 34 Grad Kälte gemessen wurden, befinden sich etwa 50 000 Gefangene.

Auf allen Berichten steht hervor, daß man sich in den europäischen Ländern völlig unzureichende Vorstellungen über den Terror und das Ausmaß der täglichen Verhaftungen in der Sowjetunion macht. Es gibt heute, so wird immer wieder versichert, in der ganzen Sowjetunion höchstwahrscheinlich niemand, der nicht wenigstens einen Angestellten in einem Zwangsarbeitslager oder in einem Gefängnis hat.



Graf von der Schulenburg, der deutsche Botschafter in Moskau, der im Auftrag der deutschen Regierung als erster schwierigen Protest gegen das willkürliche Urteil von Nowosibirsk erhoben hat und auch weiterhin alle in dieser Frage notwendigen Verhandlungen führt.
(Wagnsdorff-Archiv — M.)

Zugung der Reichsarbeitskammer

Arbeitsfront und Wehrwirtschaft

In Berlin. Im Berliner Rathaus fand die längste Zugung der Reichsarbeitskammer unter der Leitung von Reichsleiter Dr. Ley statt. Die Bedeutung dieser Zugung wurde dadurch unterstrichen, daß maßgebliche Männer der Bewegung, der Wehrmacht und des Staates als Gäste teilnahmen. So sah man u. a. Staatssekretär General der Flieger, Milch, Generalleutnant Katzenbach und den Reichs-

postführer von Thümmler und Ober, der als Amtsinhaber der Deutschen Arbeitsfront gleichzeitig Mitglied der Reichsarbeitskammer ist.

Das Mitglied der Reichsarbeitskammer, der Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Dr. Axel Weizel, gab zunächst bei der Erörterung unserer gegenwärtigen Notfallslage einen Überblick über die gesellschaftliche Entwicklung unserer Kolonialpolitik. Er betonte, daß die Deutschen, Robstoff- und Kolonialprobleme eng zusammenhängen. Auch das Ausland erkennt langsam, daß eine vernünftige Lösung dieser Fragen für die Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Im Anschluß daran sprach der Oberst des Generalstabes Thomas, Chef des Wirtschaftstabes im Wehrmachtsamt des Reichskriegsministeriums über die Zusammenhänge, die den Soldat zwischen Wehrmacht und Wirtschaft sieht.

Dann ergriff Reichsleiter Dr. Ley das Wort. Unter Bezugnahme auf die vorher gemachten Ausführungen stellte er die eine besondere Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront heraus, das schaffende deutsche Volk in die Form zu bringen, die es haben muß, um die großen Aufgaben der nächsten Zeit, vor allen Dingen des Vierjahresplans zu bestmöglich lösen.

Wenn wir auch von dem deutschen Volk ungebührlich viel fordern müssen, so werden wir doch auf der anderen Seite den Kräften der Lebensfreude und der Lebensbefähigung in unserer NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ genügend Rechnung tragen. Wir dürfen das natürlich nicht falsch verstehen, „Kraft durch Freude“ ist kein organisierter Vergnügungsverein, sondern die Mobilisierung von seelischen Kräften. Es kommt überhaupt darauf an, alle Kräfte der Gemeinschaft freizumachen, die dann ja auch jedem einzelnen Menschen zugute kommt.

„Doch Du in Deutschland gearbeitet, Werte geschossen, dann kannst Du verlangen, daß die Gemeinschaft Dir hilft!“

Umtsniederlegung des Reichshandwerksmeisters

Reichshandwerksmeister Schmidt hat mit Rücksicht auf seine berufliche Belastung und seinen Gesundheitszustand den Reichs- und preußischen Wirtschaftsminister gebeten, ihn von seinen Amtern in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu entbinden; der Reichs- und preußische Wirtschaftsminister gab diesem Auftrag statt. Aus dem gleichen Grund hat auch der Reichsorganisationsteiler und Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, dem Minister des Pg. Schmidt um Entlastung aus seinem Amt als Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft „Handwerk“ in der Deutschen Arbeitsfront entsprochen. Gelegentlich des Ausscheidens des Reichshandwerksmeisters Schmidt aus seinen Amtern ist ihm der Dank für seine verdienstvolle Tätigkeit ausgesprochen worden.